

Zur Übergehung der Stadt Mähr.-Trübau bei der Boden-
aufteilung wird uns von unserem Mähr.-Trübauer Mitarbeiter
zur Ergänzung beziehungsweise Richtigstellung seines ersten
Berichtes mitgeteilt, daß von der Stadt beziehungsweise von dem
ein Einschießen eruchten Abgeordneten nichts unversucht
gelassen wurde, um der Stadt Trübau bei der Bodenaufteilung
wenigstens teilweise gerecht zu werden. Seit dem Jahre 1923
gehen die Ansuchen um Bodenanteile an die Rechtssteuereinliche
Zentraldirektion beziehungsweise an das Staatsbodenamt und
auch die Distriktsstelle Hohenstadt und die Überprüfungsstelle
Olmütz haben sicher davon gewußt, da jene die Stadt sogar zur
Abgabe eines Ansuchens auf dem vorgeschriebenen Vordruck
aufforderte und bei dieser der Bürgermeister selbst vorsprach.
Es kann also die Aussage der erwähnten staatlichen Stellen,
sie hätten von der Not der Stadt Trübau an Baugrund keine
Kenntnis gehabt, nicht richtig sein, abgesehen davon, daß sich
in den Unterredungen herausstellte, wie genau beide Stellen
über jeden Baum und Strauch unterrichtet waren, der in der
Trübauer Umgebung steht. Man geht gar nicht fehl, wenn

man behauptet, daß die Aufteilung in der geplanten Art mit
voller Absicht geschah, mit ebensolcher Absicht die Benachteiligung
der deutschen Stadt. Genau so behandelte man die beiden
Turnvereine, die ebenfalls keinen Schritt unversucht ließen, um
Spielplätze zu erhalten. Um noch für die Stadt zu retten, was
noch zu retten ist, sprach der Bürgermeister mit den deutschen
Abgeordneten des Bezirkes am 19. und 20. d. M. im Boden-
amte vor, wo man ihm allerdings keine bindenden Zusagen
wegen Berücksichtigung machte. Die Einlösung muß abgewartet
werden. Jedenfalls werden die maßgebenden Kreise alle Hebel
in Bewegung setzen müssen, damit die Stadt bei der Boden-
aufteilung besser abschneide als ursprünglich geplant war.

BRÜNNER TAGESBLATT

23. OKT. 1928